Haushaltsrede 2015
Maria Lipke, Vorsitzende der Fraktion GFL-Lünen / UWG-Selm im Kreistag Unna
Es gilt das gesprochene Wort

Herr Landrat, meine Damen und Herren, werte Gäste,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Seit 25 Jahren halte ich Haushaltsreden im Stadtrat von Selm
und freue mich, dass es hier für mich die Gelegenheit gibt
trotzdem eine **„Jungfernrede“** zu halten.
Ich mache das natürlich sehr gerne,
Meine Damen und Herren!
Der Kreistagsfraktion GFL Lünen – UWG Selm fällt es schwer dem Haushalt zuzustimmen,
denn wir tragen auch Verantwortung für unsere Kommunen und die Kreisumlage, die in den letzten 5 Jahren um 15% gestiegen ist,
macht unseren Städten die größten Sorgen.
Und da in der ersten Kalkulation die Kreisumlage für 2015 mit 48,34 Punkten angesetzt wurde,
haben die Kommunen das Einvernehmen verweigert und fordern,
die Anhebung noch einmal zu überdenken.,
dabei wurden wir Kreistagsmitglieder um Unterstützung gebeten.
Inwieweit dieses Verlangen Früchte trägt, wird die heutige „Schuldenuhr“ bei der Kreisumlage in den anschließenden Beratungen zeigen.

Und, ich gebe zu, die Entscheidung pro oder kontra Haushalt
ist mir persönlich noch nie so schwer gefallen, wie hier im Kreistag.
In den Städten gibt es meist Knackpunkte,
die die Entscheidung leicht machen,
hier gibt es zumindest vordergründig
diese Knackpunkte nicht.
Es ist also ein Abwägungsprozess.

Wir wohnen gerne in dieser Region,
auch die meisten Bürger des Nordkreises
bekennen sich inzwischen zum Kreis Unna,
in einer Umfrage begrüßen z.B. die Selmer Bürger
die Wieder- Einführung des Kfz-Kennzeichnen LH,
würden aber den „**L**ahmen **H**und“ nicht wieder nehmen,
sondern sprechen sich eindeutig für UN aus,
ausgenommen natürlich die Lüner, das Kennzeichen LÜN

ist aber auch wirklich nicht zu toppen.
Ja, die Selmer und Lüner stehen zum Kreis Unna!

Wir gehen inzwischen lächelnd damit um,
dass man uns zum Sauerland zählt, wohlwissend,
dass wir auch zum Ruhrgebiet gehören und
dass die Grenze des Münsterlandes die Lippe ist.

Wir sind uns auch unserer sozialen Verantwortung bewusst
und senden unsere Sozialhilfeempfänger nicht in Nachbarkreise oder Nachbarstädte
Nur eins: es ist schlichtweg nicht einzusehen,
dass die grundgesetzlich garantierten gleichwertigen Lebensverhältnisse
an den Grenzen des Nachbarkreises enden.

Und damit sind wir bei einem Grund,
der eine Ablehnung des Haushaltes rechtfertigen würde:
Die kommunalen Finanzprobleme des Ruhrgebietes mit dem Kreis Unna!
Die Frage der Handlungsfähigkeit unserer Städte und Kreise, eine gerechteres Gemeindefinanzierungsgesetz
gehören dringend auf die politische Agenda.
Wobei die finanzielle Lage der Gemeinden in Deutschland
scheinbar paradox ist.
Die Einnahmen steigen und dennoch steigen auch immer noch die kommunalen Kassenkredite.
Der Widerspruch entsteht, weil nicht bedarfsgerecht,
sondern nach Himmelsrichtungen verteilt wird.
Wir kennen das alles!
Aber, meine Damen und Herren von CDU und SPD und den Grünen:
Wer macht denn diese Politik, wer ist denn der Staat?
Sind es nicht die Bundestagsabgeordneten,
oder die Landtagsabgeordneten, auch hier im Kreistag vertretend,
die die Regierungen stellen?
Der Staat ist nicht vom Himmel gefallen,
sondern hat, um mit Brecht zu reden –
Name, Anschrift und Gesicht.
Sie, die Mitglieder der Parteien in den Städten und Gemeinden,
sie haben es doch in der Hand,
Einfluss auf diese Personen zu nehmen,
warum lassen Sie es zu, dass Ihre Abgeordneten
die Städte und den Kreis Unna in die Überschuldung treiben?

Mehr Geld gibt es nur auf dem politischen Weg.

Und, meine Damen und Herren, deshalb muss sich auch die Basis rühren!
Warum lassen Sie zu, dass der Kreis Steinfurt
deutlich höhere Schlüsselzuweisungen
trotz erheblich niedriger ALG II-Fallzahlen als der Kreis Unna erhält?
Warum akzeptieren Sie, dass die kreisfreien Städte des Ruhrgebietes
seit dem Jahr 2000 71 Prozent mehr an Schlüsselzuweisungen
durch das Land erhalten haben,
und im selben Zeitraum der kreisangehörige Raum
nur eine Erhöhung von 14 Prozent erhielt?
Und dass der Kreis Unna wahrscheinlich die traurige Berühmtheit erlangen
wird, bundesweit als erster Kreis in die Überschuldung zu geraten?
Und meine Damen und Herren von CDU und SPD:
Warum lassen Sie zu,
dass die Selbstverpflichtung der Koalition,
die Kommunen um 5 Milliarden Euro für die Eingliederungshilfe
pro Jahr zu entlasten,
erst in der nächsten Legislaturperiode zur Auszahlung gelangen soll und in der
Zwischenzeit nur die sogenannte „Übergangsmilliarde gezahlt wird?
Diesmal spreche ich besonders die SPD-Mitglieder an,
die schließlich den Koalitionsvertrag bewilligt haben?
Was soll die Trickserei?
Warum lassen Sie sich das gefallen?

Aber, das alles ist nichts Neues!

„Gemeinden in Not“ überschrieb der Deutsche Städtetag
bereits **1994** seine außerordentliche Hauptversammlung.
Alle Bundesregierungen,
egal ob die großen Koalitionen,
ob Kohl-Regierung
oder das Schwarz-gelbe Bündnis,
alle Landesregierungen in NRW, egal ob rot,
rot grün oder schwarz-gelb ignorierten die Hilferufe und
betreiben und betrieben eine Schuldenpolitik
zu Lasten der Kommunen und Kreise.
Ich möchte Ihnen die Liste der Grausamkeiten,
angefangen beim Fonds Deutscher Einheit,
über die vielen Änderungen im Bundessozialhilfegesetz, Kosten der Inklusion,
den Verletzungen des Konnexitätsprinzips
bis zu den Kürzungen im Kindergartenbereich, im Einzelnen ersparen
Auch die Geldgeschenke an marode Banken,

an den Euroraum,

die die Verschuldung aller deutschen Kommunen **klar übersteigen,**

will ich nicht groß kommentieren.

Und es ist anscheinend immer noch genug Geld da:

Erst letzten Freitag konnte man lesen,
dass die NRW-Landesregierung Millionen für Werbung ausgibt.

Aber immerhin!
Alle elf Kämmerer im Kreis Unna waren Ende Oktober
in Arnsberg vorstellig um den Vertretern der Bezirksregierung
ihre finanziellen Nöte darzustellen.
Die Bürgermeister der großen Ruhrgebietsstädte
und die Landräte der Kreise fuhren nach Düsseldorf und Berlin
um auf die schwierige Finanzlage aufmerksam zu machen.
Wer in den letzten Wochen aufmerksam die Tageszeitungen
verfolgt hat konnte sehen,
dass Frau Kraft in einer Kampfansage
eine radikale Neuausrichtung des Länderfinanzausgleichs forderte,
und prompt, nicht nur beim Bund-Länder-Treffen,
welches in der vergangenen Woche im Kanzleramt stattfand,
scharf kritisiert wurde.
Der Bund-Länder-Gipfel,
ein Spitzentreffen mit langer Tagesordnung
mit Problemen auf hohem Niveau:
Da ging es um Breitbandausbau,
Rundfunkfrequenz-Versteigerungen.
Man habe sich geeinigt,
Energieeffizienzmaßnahmen bei Gebäuden zu fördern,
berichtete die Kanzlerin.
Es wurden Beschlüsse gefasst zum Hochschulpakt,
zu Forschung und Innovation sowie zur Exzellenzinitiative.
Ja, meine Damen und Herren!
Der Milliarden-Poker um Solidaritätszuschlag, Länderfinanzausgleich und
Schuldenbremse wurde allerdings erneut um ein halbes Jahr vertagt.

Dennoch, diese Gespräche gehen in eine entscheidende Runde.
2019 laufen zentrale finanzpolitische Regelungen aus.
Der Länderfinanzausgleich ist ebenso befristet wie der Solidarpakt II
und das Entflechtungsgesetz.
Außerdem sollen ab 2020 die Schuldenbremsen in Land und Bund greifen.
Meine Damen und Herren, jetzt wird es Zeit!
Lassen Sie es nicht zu,

dass Bund und Länder wieder nur ihre eigenen Belange sehen.
Die Kommunen sind das Fundament des Staates
und ein Staat kann nur funktionieren wenn die Interessen
der Städte und Kreise berücksichtigt werden.
Die finanzielle Situation der Kommunen beeinflusst die Lebenssituation der Menschen viel direkter als die von Bund und Land.

Nach dem Ausflug nach Berlin und Düsseldorf,
wieder zurück nach Unna und zum Haushalt:

Im Nachhinein, zu sehen an den folgenden
Anträgen der Fraktionen zum Haushalt,
gab es ihn dann doch den Knackpunkt,
bzw. es gibt sogar zwei Knackpunkte:

Da ist erstens die angedachte Privatisierung im Reinigungsbereich!

Angesichts der leeren Kassen gab es in vielen Städten
bereits in den 90er Jahren die Diskussion um eine Privatisierung.
Es wurden nach und nach Private mit der
Reinigung von Schulen und städtischen Gebäuden beauftragt.
Ausgezahlt oder rentiert hat sich das nicht!
Unter dem Stichwort: **Substanzerhaltung** holte sich z.B. die Stadt
Dortmund die Reinigung zurück unter das kommunale Dach.
Rekommunalisierung ist zur Zeit angesagt.
Hausmeister, Lehrerinnen, Schüler und Eltern beklagen sich allerorts
über eine erhebliche Leistungsverschlechterung bei einer Privatisierung.
Gewerkschaften beklagen Arbeitsverdichtung und Lohndumping
Privatisierung ist out und überholt,
die kw Vermerke bei den Reinigerinnen
müssen aus dem Stellenplan gestrichen werden
und man sollte die angedachten Veränderungen direkt ad acta legen.
Der zweite Knackpunkt des Haushaltes ist der Kulturetat:
Kultur ist teuer, aber gemessen an anderen
Haushaltsposten, eine Randgröße,
hier: 0,7% des Haushaltsvolumens.
Der Kulturetat macht somit einen verschwindend geringen Teil des
Gesamthaushaltes aus,
sodass sich echte,
merkbare Einsparmöglichkeiten kaum ergeben.

Kultur ist aber auch ein Standortfaktor.
Wer lässt sich schon gerne in einer Stadt oder in einer Region nieder,
die kulturell nichts zu bieten hat oder gar den Ruf hat,

bei Bildung und Kultur besonders schnell den Rotstift zu zücken.

Ich komme somit direkt auf den Antrag der CDU, der u.a. verlangt,
die Trägerschaft des Kreises Unna
an der Neuen Philharmonie Westfalen zu kündigen.

Das ist der falsche Weg,

gewachsene kulturelle Güter dürfen nicht haushaltspolitischen Entscheidungen zum Opfer fallen..

Das Orchester ist ein Forum, Treffpunkt und Bildungsträger,

und es muss als Teil der vielbeschworenen Daseinsvorsorge

und als weicher Standortfaktor genauso gefördert werden

wie Cappenberg und Opherdicke.

Orchester oder Theater dürfen nicht nach Kriterien

der Wirtschaftlichkeit betrachtet werden.

Es gibt kein Theater, kein Orchester das ohne öffentliche Zuschüsse auskommt.

Bei einem Ausstieg des Kreises Unna kann es

so massive Umstrukturierungen geben,

dass dem Orchester eine komplette Schließung droht.

Und viele Städte, die inzwischen aus finanziellen Gründen

Theaterreihen oder kulturelle Dinge aufgegeben haben,

werden diese Kulturangebote nie, nie wieder zurückbekommen

und die Einsparungen versanden im Fass ohne Boden der kommunalen Haushalte.

Wir dürfen uns nicht kaputtsparen. Und man kann sich nicht gesund sparen!

Dortmund bezuschusst z.B. jede Karte fürs Theater mit 162 Euro,
Düsseldorf sogar mit 192 Euro

Allerdings: wenn Millionen in die hohe Kultur der Wenigen fließt,

dann kann man auch nicht verantworten,
wenn Mittel für Kulturförderung eingespart werden,
für Vereine und Kulturschaffende,
die selten eine staatliche Alimentierung erhalten
und allenfalls mal einen Scheck von 2 bis 3 Tausend Euro von der Sparkasse bekommen.
Deshalb werden wir auch den Antrag der SPD unterstützen,
der die Beibehaltung des Haushaltsansatzes für Kulturveranstaltungen
von Ehrenamtlichen vorsieht.
Ich komme somit zum Schluss
und möchte aber **nicht** mit einem Zitat enden,
bevor ich Herrn Dr. Wilk und den Mitarbeitern der Kämmerei für die Aufstellung des Haushaltsplanes gedankt habe.

Auch meinen Vorrednern und natürlich auch den nach-mir kommenden sei herzlich gedankt,
dass sie noch in der bisweilen hektischen Vorweihnachtszeit
ihre Reden fertig gestellt haben
und möchte nicht enden bevor ich Ihnen mitgeteilt habe, sie werden es ahnen:

die Kreistagsfraktion GFL-Lünen / UWG Selm trägt den Haushalt des Kreises Unna mit allen Anlagen mit und das machen wir nicht, weil wir den hier agierenden Parteien einen Gefallen tun wollen, sondern weil der Haushalt in sich von der Kreisverwaltung schlüssig aufgestellt wurde.
Ja, und
Manfred Rommel, soll gesagt haben:

Von zehn Menschen, die sich mit Politik beschäftigen, wollen neun nur ihre Grundsätze verwirklichen und nicht das politische Leben, wie es wirklich ist, vorwärtsbringen.

Ich wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest

Und vielen Dank für die Aufmerksamkeit